

Öffentliches Recht als Handlungsrahmen

Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit

„Ein sozialer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik hat dem einzelnen Bürger Grundrechte zu gewähren, die sein Leben, seine Freiheit, sein Eigentum schützen und ihm soziale Sicherheit garantieren. Dies wird im Grundgesetz zum Ausdruck gebracht, insbesondere in den Artikeln 1 bis 3.“ (s. Buch: Saldo 10, S. 120)

Artikel 2 GG (Saldo 10 S. 121):

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, **soweit er nicht die Rechte anderer verletzt** und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Jeder hat das **Recht auf Leben** und **körperliche Unversehrtheit**. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.“

Es gilt das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.

„In einem Rechtsstaat genügt es nicht, die Menschenrechte zu verwirklichen. Das Grundgesetz führt in seinen grundlegenden Artikeln (1-19) noch weitere Grundrechte an, wie z.B. Glaubens-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Rechtsstaatlichkeit erfordert darüber hinaus, dass man versucht, die geltende Rechtsordnung mit verhältnismäßigen Mitteln durchzusetzen.

Rechtsstaatlichkeit erfordert auch den Schutz des Einzelnen vor übereilten und übermäßigen Eingriffen des Staates. Eine Maßnahme muss angemessen sein, darf nicht weiter gehen, als der Zweck es rechtfertigen würde, und sie muss geeignet sein, den erwünschten Erfolg zu erreichen. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss gewahrt bleiben.“ (Saldo 10, S. 124)

Aufgabe: Schaut euch folgende Videos an. Versucht festzustellen, wie die Kanzlerin mit den beschlossenen Maßnahmen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit achtet, bzw. wie Friedrich Hufer im Video b) eine gesetzliche Grundlage rechtfertigt.

a) Kontaktverbot statt Ausgangssperre:

Das hat Merkel mit den Ländern im Kampf gegen Corona entschieden (heute.de)

<https://www.youtube.com/watch?v=YQRTwDHFirQ>

b) Ausgangssperre - Welche Rechte darf der Staat einschränken?

Landesschau Rheinland-Pfalz - SWR

https://www.youtube.com/watch?v=vAtr2_TjAsI

Hinweis zu Video b)

Generalklausel: allg. gehaltener Begriff in einem Gefüge von Normen (v. a. einem Gesetz), den der Normgeber (insbesondere der Gesetzgeber) verwendet, um einerseits detaillierte Einzelbegriffe zu vermeiden und um andererseits dem Normanwender, besonders einem Gericht, eine möglichst sinngerechte Auslegung und Anwendung der Norm zu ermöglichen. Beispiele für Generalklauseln: allgemeine Verkehrsauffassung, gute Sitten, Billigkeit. Im Polizeirecht gilt neben speziellen Ermächtigungen die polizeiliche Generalklausel, die der Polizei die **Eingriffsermächtigung zur Gefahrenabwehr** verleiht.

Quelle: Duden Recht A-Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. 3. Aufl. Berlin: Bibliographisches Institut 2015. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Thema: Strafrecht

Abschreckung oder Besserung

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowissen/soziale-politische-bildung/strafrecht-deutsch-einsatz-im-unterricht-100.html>

Hört euch den Beitrag unter folgendem Link an und bearbeitet anschließend die Arbeitsblätter.

Arbeitet bitte **alle drei** Arbeitsblätter durch. Auch wenn die Lösungen angegeben sind, versucht bitte zuerst die Antworten selbst zu finden, indem ihr die Audiodateien anhört und in eurem Buch S.131-133 lest.

Man findet diese Dateien auch, wenn man auf dem Smartphone bayern2 eingibt und dann dort nach „Strafrecht“ „Unterricht“ sucht, an erster Stelle.

Schöne Grüße,

E.Kettner